

DER WEG IST LANG...

ANMERKUNGEN ZU EINIGEN ZEIT-ANALYSEN AUS DEUTSCHLAND UND RUSSLAND

In einem gar nicht so alten Text heißt es: "Wir müssen uns in Deutschland miteinander geistig zu-rechtfinden. Wir haben noch nicht den gemeinsamen Boden. Wir suchen zusammenzukommen."¹ So lauten die ersten Sätze der "Einleitung zu der Vorlesungsreihe über die geistige Situation in Deutsch-land" von Karl Jaspers aus dem Jahre 1946. Und doch scheinen sie uns in seltsamer Weise zeitge-mäß zu sein. Dies mag daran liegen, daß Philosophen zumeist Aussagen von längerer Haltbarkeit machen als - sagen wir einmal - Politologen. Dann aber daran, daß es damals wie heute u.a. auch um Deutschland ging. Und schließlich daran, daß das Ende der Nachkriegszeit für manche erst 1989 be-gann.

Von den Schwierigkeiten bei der Verarbeitung des Transformationsprozesses in Deutschland und Rußland handeln die folgenden Ausführungen. Eingangs erfolgt ein Rückblick auf die Zeit der DDR, dann geht es um Probleme bei der Transformation in Osteuropa und Rußland, um abschließend auf die Rolle des Individuums in diesem Prozeß einzugehen.

1. Der Staatssozialismus und seine Nachwirkungen

Um Zeitdiagnosen aus ostdeutscher Sicht zu verstehen, ist eine Rückschau notwendig. Die Nachfol-gewirkungen von 40 Jahren DDR-Sozialismus auf die Menschen sind erheblich und reichen mögli-cherweise tiefer als die der zwölfjährigen nationalsozialistischen Diktatur, deren Untertanen noch die Weimarer Republik erlebt hatten. Eine Folge der "friedlichen Revolution" von 1989 mag die Vorstel-lung gewesen sein, die Unterschiede zwischen den beiden Staaten seien spielend zu überwinden, tatsächlich aber haben die Menschen nicht bloß in einem geteilten Land gelebt, sondern in zwei ver-schiedenen Gesellschaftssystemen. Während für die Westdeutschen das Leben nach 1989 ruhig wei-terging, gewann der Wandel in der vormaligen DDR ein solches Ausmaß, daß der in der sozialwis-senschaftlichen Literatur verwendete Begriff Transformation eine Untertreibung für die Umstellungs-leistung darstellt, die die Menschen zu erbringen haben. Es ist kein Zufall, daß in den Buchläden die persönlichen Ratgeber zu den am meisten gekauften Texten gehören und daß es in Seminaren der politischen Bildung auch um die Frage geht, wie die Lohnsteuerkarte auszufüllen sei. Anders gesagt: Der bürokratische Sozialismus mit seinem vormundschaftlichen Staat² hatte die Individuen schlecht auf selbständiges Handeln vorbereitet. Durch Enteignung der Wohlhabenden war das selbständige Bürgertum verschwunden, womit sich die DDR dem propagierten Ziel einer klassenlosen Gesellschaft relativ weit angenähert hatte. Ein Reich der Freiheit war nicht entstanden, gesellschaftlich dominierte das "Staatsvolk der kleinen Leute" (Günter Gaus). Die SED-Spitze lebte in einer von den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus strukturierten (Schein-)welt, bis auf einige Güter (Westprodukte, Wohnungen, Autos) hatte sie sich wirtschaftlich nicht sehr weit vom Rest der Bevölkerung entfernt.

Die Bewohner der Ex-DDR waren in stärkerem Maße als viele Westdeutsche auf Rückhalt angewie-sen bzw. auf eine Einbindung, die in der Vergangenheit das Kollektiv, die gelenkten Massenorganisa-tionen und der Staat erbrachten. Das System politischer Unfreiheit gewährte scheinbar ein hohes Maß an Stabilität; es basierte auch auf der Angst vor der Heterogenität und dem Chaos der Zivilisation, man stand insofern in der Tradition der unpolitischen deutschen Kultur mit ihren antiwestlichen Vorbe-

¹ Karl Jaspers, Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands, München 1987, S. 7.

² Rolf Henrich, Der vormundschaftliche Staat, Hamburg 1990. Die erste Ausgabe erschien im Früh-jahr 1989.

halten.³ Das Leben des Einzelnen war außengesteuert, die Kontinuität schien gesichert. Obwohl sich der wissenschaftliche Sozialismus auf ökonomische Gesetzmäßigkeiten und den Fortschritt berief, war eher die Langsamkeit ein Charakteristikum der Gesellschaft - verglichen vor allem mit der späteren Hektik in der Bundesrepublik.

Durch Flucht und Abwanderung der alten Führungsschicht in den Westen war in den beiden ersten Jahrzehnten eine "Aufsteigergesellschaft"⁴ entstanden, die relativ jungen Menschen aus unteren Schichten die Übernahme von Positionen in Politik und Verwaltung ermöglichte; umstritten bleibt, ob es **die** Intellektuellen, verstanden als unabhängige Gruppe, in der DDR überhaupt gab.⁵ Diese "neue Elite" prägte zunehmend die Universitäten und den Wissenschaftssektor. Jens Reich hat das Verhältnis von Intelligenz und Nomenklatura als das von "verfeindeten Brüdern" bezeichnet⁶ und vier Gruppen innerhalb der "Intelligentsia" ausgemacht: 1. Die überzeugten Anhänger des Systems im hohen Machtapparat; 2. Die Anhänger, die zu einer "Umkristallisation" (Rudolf Bahro) bereit waren; 3. Angepaßte bis Unpolitische, die den größten Teil der Intelligenzschicht ausmachten und bei der Ausreisebewegung eine Rolle spielten; Und 4. schließlich eine kleine Gruppe von offenen Dissidenten und Reformern.

Die geringe Opposition von seiten der Intelligenz mag auch mit der Nähe zur BRD zusammenhängen, da Regimegegner in den Westen abgeschoben werden konnten. Gleichzeitig war ein gewisses Arrangement mit der Staatspartei Voraussetzung, um in den Genuß der begehrten Westkontakte und -reisen zu gelangen. Unter solchen Bedingungen waren originäre wissenschaftliche Beiträge - auch zum Marxismus - kaum zu erwarten, zumal das Ausmaß von Verschulung und Kontrolle an den Universitäten hoch war. Außer einigen marxistischen Kritikern und Reformern beschränkte sich die intellektuelle Opposition auf die Endphase und wurde von einem protestantischen Milieu und der Kirche als einzigem Freiraum getragen. Pastoren stellten einen wichtigen Anteil in der Bürgerbewegung des Jahres 1989 und später in den Parteien.

Starker Widerstand gegen das SED-Regime war nicht vorhanden: Die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages spricht von einem "widerständigen Verhalten"⁷, worunter gesellschaftliche Verweigerung und abweichende Verhaltensweisen gegenüber den politisch-ideologischen Normen des Regimes verstanden werden. Innerhalb der SED fehlte eine wirkliche Reformfraktion, die Sozialistische Einheitspartei wandte sich vielmehr vom großen Bruder ab, als Gorbatschow mit seinem Kurs der Perestroika begann. Dies bedeutet, daß offene Opposition die Ausnahme in der DDR blieb und die "friedliche Revolution" ihrerseits einen zu kurzen Zeitabschnitt ausmachte, um einen substantiellen Einstellungswandel einzuleiten. Die Umstände der Maueröffnung und der schnell erfolgte Beitritt zu dem vermeintlichen Wohlstandsparadies Bundesrepublik verhinderten die Entstehung eines neuen Selbstbewußtseins.

³ Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt 1992, S. 21f. Allgemein zur DDR: Peter Bender, Unsere Erbschaft. Was war die DDR - was bleibt von ihr? Hamburg 1992

⁴ Wolfgang Engler, Die zivilisatorische Lücke, Frankfurt 1992.

⁵ Wolfgang Bielas, Vom Eigensinn der DDR-Intellektuellen. Von Parteilarbeit und Dissidenz zur Normalität der scientific community, in: INITIAL, (1993) 4, S. 77.

⁶ Jens Reich, Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht, Berlin 1992, S. 40.

⁷ Bericht der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Bonn 1994, S. 190. Für einen Blick von außen vgl. den überaus kontrovers diskutierten Aufsatz von Andrzej Szczypiorski, Mein Irrtum. Weshalb die Opposition in der DDR nicht mit der polnischen gleichgesetzt werden darf, in: FAZ, 4.3.1995.

Der nun einsetzende Anpassungsprozeß an das nahezu komplett auf den Osten übertragene westdeutsche System mußte sich aus mehreren Gründen schwierig gestalten: Auf die Entschleunigung zu DDR-Zeiten folgte ein rasanter Modernisierungsprozeß sowohl in Wirtschaft und Infrastruktur als auch in den Lebensumständen. Neben den Vorzügen der Reisefreiheit sah sich eine krisenunerfahrene Gesellschaft mit vielfältigen Veränderungen konfrontiert. Früher habe "man achtdreiviertel Stunden gearbeitet und sich danach in den Schaukelstuhl gesetzt und Fontane gelesen. Heute arbeitet man nur acht Stunden, wenn man Arbeit hat und füllt den Rest des Tages Formulare aus," erklärt Brandenburgs Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD).⁸ Alte Industrien wurden geschlossen, die Universitäten umstrukturiert und politisch belastete Dozenten teilweise entlassen oder in den vorzeitigen Ruhestand geschickt, offene Arbeitslosigkeit und Formen sozialer Armut traten auf, die an Sicherheit gewohnten Künstler müssen sich auf dem Markt behaupten, und die eigene Biographie wurde in einer neuen Vergangenheitsdebatte aufgerollt.

Untersuchungen belegen, daß es vielen Ostdeutschen - bis auf die Doppelarbeitslosen, einen Teil der Studenten und der alleinerziehenden Mütter⁹ - besser geht als vor 1989, jedoch läßt sich Zufriedenheit nicht allein an materiellen Kriterien messen. Gravierender erweist sich ein Verlierergefühl, das nicht nur diejenigen erfaßt, die in der Folge der Veränderungen von 1989/90 einen Statusverlust hinnehmen mußten. Die Schriftstellerin Christa Wolf, die zu DDR-Zeiten eine herausragende Position einnahm, erklärte, daß es darum gehe, "daß uns nicht das Leben genommen wird, das wir wirklich geführt haben, und uns statt dessen ein verzerrtes Phantom untergeschoben wird".¹⁰ Aber auch Kritiker des SED-Systems wie Wolfgang Thierse (SPD) verweisen in Anlehnung an ein berühmtes Adorno-Zitat darauf, daß es durchaus "ein richtiges Leben im Falschen gab".

In Zeiten rasanter sozialer Umbrüche wächst verständlicherweise der Bedarf nach Vergewisserung. Da das westdeutsche System nahezu komplett übertragen wurde, kompensieren die Ostdeutschen das Verlustgefühl mit der Betonung eigener Selbstwahrnehmung. Paradoxerweise ist sowohl die alte DDR-Intelligenz gescheitert als auch partiell diejenigen, die auf eine radikaldemokratische Umgestaltung der DDR-Gesellschaft setzten. Dies nährt ein Gefühl der Enttäuschung. Hier liegt einer der Gründe für das Aufkommen von Nostalgie, die sich u. a. in einer erneuten Wertschätzung von Ostprodukten zeigt, von denen man sich nach der Öffnung 1989 zunächst abgekehrt hatte.

Solche Erscheinungen sollten nicht überschätzt werden in dem Sinne, daß im Osten und Westen Deutschlands nun ganz unterschiedliche Mentalitäten vorlägen. Eine einheitliche Position der Intellektuellen aus Ostdeutschland ist nicht vorhanden, zumal die Differenzen zwischen den vormals staatsnahen Vertretern, den unpolitischen und den offenen Dissidenten nach wie vor bestehen. Einige Intellektuelle nehmen schon einen Platz im Diskurs der neuen Bundesrepublik ein (Friedrich und Christoph Dieckmann, Wolfgang Engler, Heiner Müller, Jens Reich u.a.).

Ein Versuch, die literarische und politische Auseinandersetzung mit der Wende und deren Folgen zusammenzufassen, läßt folgende Unterscheidungen zu:

1) Die kurze Zeit der Utopie oder die These von der verpaßten Chance einer "anderen DDR".

Hierzu gehören Mitglieder der Modrow-Regierung, die die These vertreten, in der Zwischenphase von 1989/90 habe die Chance für eine eigenständige Entwicklung bestanden. Der Aufruf "für unser Land" vom November 1989 plädierte für eine Besinnung auf die antifaschistischen und humanistischen Idea-

⁸ Focus, 8 (1995), S. 53.

⁹ Wochenpost, 17.2.1994.

¹⁰ Christa Wolf, Auf dem Weg nach Tabou, Texte 1990-1994, Köln, 1994, S. 28.

le. Allerdings sind die Konturen einer alternativen Konzeption nur schwer auszumachen, sie reichen von der Vorstellung einer wahren sozialistischen Gesellschaft bis hin zur Forderung, daß die Entwicklung zur Marktwirtschaft langsamer erfolgen müsse.¹¹

2) Kritik des SED-Systems bei gleichzeitigem Eintreten für den Erhalt einer identitätsstiftenden DDR-Kultur.

Solche Gedanken tauchen bei Regine Hildebrandt auf, die das politische System der ehemaligen DDR als totalitär bezeichnet, jedoch auf die Vorzüge einer Gesellschaft verweist, die es den Menschen ermöglichte, in Gemeinschaft zu leben und die Vollbeschäftigung garantierte. Ihr Politik-Begriff weist starke moralische Züge auf: Oft hätten die Politiker zu wenig "Herzensbildung"¹², sie würden nur auf der Grundlage von Parteikalkülen und Karrieredenken funktionieren. Negativ ist bei ihr der Begriff der Macht besetzt, statt von Demokratie spricht sie von vernünftiger Verhandlungskultur.

3) Ein Volk auf die Couch? Die psycho-soziale Interpretation.

Der profilierteste Vertreter ist Hans-Joachim Maaz. In seinem Buch "Der Gefühlsstau - ein Psychogramm der DDR" (1990) stellt er fest, daß hinter dem Gefühlsstau der Schmerz für Mangel und die Trauer über nicht gelebtes Leben stünden. Es gelte den Blick nach innen zu richten und nicht bloß die äußeren Feinde suchen, noch sei die Demokratie bloß eine verordnete und nicht eine psycho-sozial erworbene. Die parlamentarische Demokratie müsse durch eine innere, gelebte Demokratie ergänzt werden.

4) Für eine neue politische Kultur.

Zu den Anhängern dieser Interpretation, die den Begriff politische Kultur wertbezogen verstehen, gehört der Berliner Theologe Richard Schröder. Er konstatiert, daß die meisten an den Erfahrungsdefiziten des eingemauerten Lebens leiden und die Fähigkeit zur öffentlichen Auseinandersetzung noch nicht erwerben konnten. Für die entstandene doppelte Identität könne es allerdings keine psychotherapeutische Lösung geben. Schröder tritt dezidiert für die parlamentarische Demokratie ein. Alle Deutschen müßten für die geschichtliche Hypothek einstehen und sie gemeinsam abtragen. In anderen Worten: Auch die Westdeutschen müßten den 3. Oktober 1990 als das Ende einer Phase betrachten und als Beginn eines neuen Gemeinwesens.

Welches sind nun die wichtigsten Themen der intellektuellen Debatte in Ostdeutschland? In der kurzen Umbruchsphase von 1989/90 stand die **Freiheit** im Vordergrund, mit deren Erhalt sich überzogene Erwartungen verknüpften. Daß das Abschütteln der staatssozialistischen Enge nicht automatisch zu einem Zustand führte, in dem Reisefreiheit plus soziale Sicherheit und Wohlstand herrschen, rief Ernüchterung hervor. Viele machten die Erfahrung, daß die Freiheit nicht verbindet, sondern Vereinzelung schafft und das Leben kompliziert. "Nun haben wir Gedankenfreiheit, aber wo sind die Gedanken", ruft einer der Schauspieler im aktuellen Programm des ostdeutschen Cabarets "Syndikat", worauf im Publikum tosender Applaus aufkommt. Freiheit erscheint gerade den Angehörigen der ehemaligen DDR-Intelligenz als Synonym für Bindungslosigkeit, Hektik und Statusverlust gegenüber den "Rein"-Ländern aus der Bundesrepublik. Orientierungsverlust und das Fehlen von Handlungsanleitungen werden dabei weitgehend dem Westen angelastet.

¹¹ Christa Luft, Zwischen Wende und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1992.

¹² Hans-Dieter Schütt und Regine Hildebrandt, Bloß nicht aufgeben! Fragen an eine deutsche Sozialministerin (Brandenburg), Berlin 1992, S. 87.

Wichtig in der Gegenwart ist die **Gerechtigkeit**, womit ganz Verschiedenes gemeint ist. Zunächst einmal läßt sich ein unterschiedliches Rechtsbewußtsein in Ost- und Westdeutschland konstatieren. Während im Westen die Individualrechte und die Privatsphäre des Bürgers dominieren, denken die Ostdeutschen bei den Menschenrechten mehrheitlich an das Recht auf Arbeit bzw. an das auf Wohnung. 65% der Ostdeutschen erklärten im Februar 1995, daß sie von der Gewaltenteilung noch nie etwas gehört hätten; 60% sind mit den Gesetzen und der Rechtsprechung in Deutschland unzufrieden (Westdeutsche = 36%), 72% fühlen sich durch unser Recht nicht geschützt (Westdeutsche = 33%), 53% meinen, das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik sei nicht gerecht, (Westdeutsche = 28%).¹³ Solche Einstellungsmuster tauchen auch in anderen nach-sozialistischen Gesellschaften auf, in der neuen Bundesrepublik belegen sie ein systembedingtes unterschiedliches Rechtsempfinden. Allein in West-Berlin gab es dreimal so viel Rechtsanwälte wie in der ganzen DDR. Wer sich ungerecht behandelt fühlte, machte eine Eingabe und hatte gewisse Chancen, sofern die Sache keinen politischen Aspekt besaß.¹⁴ Da die Menschen unter der SED-Herrschaft sich in einer Art Notgemeinschaft zusammenfanden, ist ihnen der Gedanke, nun untereinander zu prozessieren, eher fremd, weshalb Vergleiche bei Rechtsstreitigkeiten häufig sind.

Was bedeutet nun Gerechtigkeit? Für die kleine Gruppe der Bürgerrechtler zählt dazu die rückhaltlose Offenlegung der Vergangenheit und des Stasisystems, um einen Läuterungsprozeß einzuleiten. Sie besitzen keinen starken Rückhalt in der Öffentlichkeit mehr, da in dieser Frage die beiden deutschen Teilgesellschaften dissensunwillig sind. Für die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung bedeutet Gerechtigkeit persönliche Anerkennung, d.h. Akzeptanz der eigenen Biographie sowohl durch den Westen als auch durch ehemalige Opfer des SED-Regimes. Die "Komitees für Gerechtigkeit" von Gregor Gysi und Peter Michael Diestel aus dem Jahre 1992 sind ein Beispiel dafür. Aber auch ein erheblicher Teil der westdeutschen Intelligenz möchte die Debatte beenden und plädiert für einen "Schlußstrich".

Wichtig für die **Solidarität** zwischen den beiden deutschen Teilgesellschaften ist das Prinzip wechselseitiger Anerkennung. Nach Udo Tietz kann sich Solidarität "gerade nicht in Bezug auf den 'verallgemeinert Anderen', sondern gerade gegenüber dem konkreten Anderen" äußern.¹⁵ Dazu gehöre auch das Verständnis für die Bedeutung der Zugehörigkeit zu herkunftsgeprägten Lebensformen und traditionsverhafteten Kollektiven, und das heißt auch zur Nation als Wertegemeinschaft und Gemeinschaft zur wechselseitigen Unterstützung ihrer Angehörigen.

2. Die Schwierigkeiten bei der gedanklichen Verarbeitung der Transformationsprozesse (vor allem in Rußland)

Die unterschiedlichen Befindlichkeiten zwischen den Ost- und den Westdeutschen sind keine germanischen Besonderheiten, auch wenn sie ausländischen Beobachtern angesichts des trotz des Beitritts der DDR zur alten Bundesrepublik nach wie vor vorhandenen Wohlstandes eigenartig erscheinen mögen. In Deutschland stießen an der Mauer während des Kalten Krieges gleichsam "zwei Weltzeiten aufeinander; die Schleuse hieß Checkpoint Charlie".¹⁶ Nun ist das Tor geöffnet und unter Turbulen-

¹³ Elisabeth Noelle-Neumann, Kein Schutz, keine Gleichheit, keine Gerechtigkeit. Rechtsbewußtsein in Ost- und Westdeutschland, in: FAZ, 8.3.1995, S. 5.

¹⁴ Richard Schröder, Gerechtigkeit und die Grenzen der Vergangenheitsbewältigung, in: Joachim Gauck und u.a., Plädoyers für Gerechtigkeit, Rostocker philosophische Manuskripte, Neue Folge (1994) 1, S. 55.

¹⁵ Udo Tietz, Gerechtigkeit und Solidarität. Aspekte eines Konflikts, in: INITIAL, (1995) 2, S. 38.

¹⁶ Friedrich Dieckmann, Unser Leben in der Utopie. Von der Niederlage der Projekte zum Prozeß der Vermittlung, in: Siegfried Unseld (Hg.) Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland, Frankfurt 1993, S. 199.

zen muß ein neuer Ausgleich entstehen. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus ist zwar ein Konfliktherd entschärft, allerdings haben die Spannungen in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern und die Orientierungsschwierigkeiten vieler Menschen zugenommen. Sonja Margolina schreibt in ihrer Analyse der russischen Gesellschaft: "Nachdem die symbolische Ebene des Sozialismus sich aufgelöst hat, rückt das Individuum in den Vordergrund, das vom Sozialismus geformt wurde und die sozialistischen Verhältnisse reproduzierte. Bildlich ausgedrückt, der Monolith ist in Millionen Scherben zersprungen."¹⁷

In mehrfacher Hinsicht handelt es sich um "unvollendete Revolutionen" bzw. um eine "nachholende Revolution",¹⁸ da der Anschluß an die Verfassungsentwicklung der westlichen Demokratien und ihren wirtschaftlichen Modernisierungsgrad angestrebt wird. Einig war man sich in der Ablehnung der bestehenden Verhältnisse, dagegen fehlte den Revolutionen ein Programm, ein utopischer Entwurf und eine Phase der Aufklärung, so daß sie zwar revolutionäre Ergebnisse zeitigten, aber eher den Charakter eines Umbruches oder gar Zusammenbruches annahmen. Die beteiligten Akteure wollten die Demontage von als unerträglich empfundenen Zuständen, wobei sie der Wunsch leitete, "in Wahrheit zu leben".¹⁹ Für Havel und andere osteuropäische Intellektuelle war schon in den 70er Jahren klar, daß ein Prozeß des "Sichselbstbewußtwerdens der Gesellschaft"²⁰ einsetzen müsse. Antipolitik, so der Ungar György Konrad, sei ein gegen die offizielle Politik gerichteter Diskurs der Gesellschaft, da jegliches politisches Leben im traditionellen Sinne ausgerottet worden war. Die zivile Gesellschaft müsse sich und den Staat erst neu konstituieren.

Bei diesem Systemwechsel geht es nicht nur um einen politischen Regimetausch, sondern um grundlegende Veränderungen in der Wirtschaft und in den Lebensumständen der Menschen. "Der Tod des kommunistischen Systems bedeutet noch nicht das Ende der totalitären Gewohnheiten", schrieb Adam Michnik in "Der lange Abschied vom Kommunismus" (1992).

Als Hauptziele der "Revolutionen" von 1989 können genannt werden: Nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Rechtsstaat, Wechsel des Wirtschaftssystems und die Integration nach Europa.²¹ Am weitesten sind die Länder nach der Auflösung des Warschauer Paktes bei der Schaffung nationaler Souveränität vorangeschritten, dagegen bleibt die Konsolidierung der Demokratie noch unsicher. Enorme Schwierigkeiten bereitet die Einführung der (sozialen) Marktwirtschaft, wofür keine Modelle vorliegen. Und schließlich wird die Rückkehr nach Europa ein langer Prozeß sein, auch deshalb, weil an die Stelle der politischen eine soziale und kulturelle Teilung zu treten droht.

Diese Umstellungsschwierigkeiten manifestieren sich sowohl in den Zeitgeist-Analysen der Intellektuellen als auch bei den Einstellungsmustern der Bevölkerung. Die neuen Herausforderungen rufen bei den Menschen zunehmend weniger Begeisterung hervor, denn viele spüren das Bedürfnis nach Harmonie und Ruhe. Somit ist die "Furcht vor der Freiheit", die Erich Fromm als ein Merkmal des Übergangs in die Neuzeit ausgemacht hatte,²² auch für die Zeit nach dem Ende des staatssozialistischen

¹⁷ Sonja Margolina, Rußland: Die nichtzivile Gesellschaft, Hamburg 1994, S. 12 f.

¹⁸ Jürgen Habermas, Die nachholende Revolution, Frankfurt 1992.

¹⁹ Václav Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbeck 1980.

²⁰ Václav Havel, Offener Brief an Gustáv Húsak (1975), in: Ders., Am Anfang war das Wort, Hamburg 1990, S. 53.

²¹ Helmut L. Müller, Die unvollendete Revolution in Osteuropa: Charakter und Ziele des Umbruchs von 1989, in: APUZ, B. 10/93, S. 20.

²² Erich Fromm, Die Furcht vor der Freiheit, München 1993.

Systems charakteristisch. Nicht wenige suchen Anlehnung beim Staat oder bei einer populistischen Führerfigur. Zwischen den Gesellschaften im Osten tauchen deutliche Unterschiede auf: Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien orientieren sich an Europa, dagegen ist in Rußland ein eigenartiges Verhältnis von Anziehung und Distanz zum Westen erkennbar. Die Demontage des Kommunismus und der Verlust des Imperiums führen zu Identitätsstörungen und einem ideologischen Vakuum, in das Mythen und nationalistische Interpretationen eindringen. Nach dem Modernisierungsschock und dem Auftreten einer neuen bzw. bislang unbekannten Armut beginnt bei Teilen der Intellektuellen eine Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Westen, der zur Zielscheibe einer moralisierenden und kulturphilosophischen Kritik wird.

Aus der Sicht nicht weniger Beobachter ist ein ethisches Vakuum entstanden. Sie empfinden eine geistige Verflachung des Lebens, ein Überhandnehmen der Politik und eine Überflutung mit Reizen. Die Marktwirtschaft präsentiere sich als "Chaos und Plündererei".²³ Dagegen werden die nationalen Traditionen -und die russische Seele beschworen. Alexander Solschenizyn konstatiert: "Für die Mehrheit ist Politik absolut keine wünschenswerte Beschäftigung. Je bewegter das politische Leben eines Landes verläuft, desto mehr büßt das Geistig-seelische ein."²⁴ Er setzt damit seine frühere Kritik an der westlichen Konsumgesellschaft und sein Plädoyer für einen gemäßigten Nationalismus fort. Dem schonungslosen Analytiker des "Archipel Gulag" ist jedoch - im Unterschied zur extremen Rechten - der Glaube an eine imperiale Mission des heutigen Rußland fremd.²⁵

Bei anderen tauchen Gedanken von einem Sonderweg der Russen und von einer speziellen Weltmission auf. Ein auffälliges Phänomen ist der "National-Bolschewismus, der auf eklektizistische und stellenweise irrationale Weise kommunistische mit nationalistischen, orthodox-christlichen oder orthodox-christlich anmutenden Sätzen zu verbinden sucht"²⁶.

Nach dem Ende des Imperiums ist eine Art "Verlustsyndrom" entstanden, was zum Ausdruck kommt in einer veränderten Haltung der Intellektuellen nach der Wende. Sie machen sich Gedanken, wie das eigenständige Denken erhalten werden könne; einige bezeichnen die Auflösung der Sowjetunion als "verfassungswidrig". Um die erkrankten Fundamente der Gesellschaft zu heilen, sei ein machtvoller Staat notwendig, der dem Anstieg organisierter Kriminalität und der Verelendung breiter Schichten entgegenwirken könne.
²⁷

Nachdem die marxistisch-leninistische Interpretation obsolet geworden ist, wird der unterschiedliche Bedeutungsinhalt von Begriffen deutlich. Liberal eingestellte Autoren argumentieren folgendermaßen: Traditionell werde Freiheit in Rußland sehr weit ausgelegt und als Freiheit vom Gesetz verstanden, bei der Gerechtigkeit habe die Gleichheit Vorrang und die Solidarität habe an Bedeutung verloren, wobei der Kollektivismus in der Rückschau von ihnen als Versuch gesehen wird, sich der persönlichen Verantwortung zu entziehen. Um die West-Bindung zu erreichen, sei die Entstehung einer "Ver-

²³ Alexander Solchenizyn, Die russische Frage am Ende des 20. Jahrhunderts, München 1994, S. 43.

²⁴ Alexander Solschenizyn, Russlands Weg aus der Krise. Ein Manifest, München 1990, S. 36.

²⁵ Walter Laqueur, Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten, München 1995, S. 358.

²⁶ Assen Ignatow, Die "russische Idee" in der gegenwärtigen Diskussion. Die russische Identität und die "neuen Ideologien", Köln: BIOS 1992, S. 2.

²⁷ Walter Schilling, Die russischen Intellektuellen und die Neugestaltung, in: Europäische Rundschau, 23 (1995) 1, S. 25-32.

antwortungsethik" und ein Prozeß der Zivilisierung notwendig.²⁸ Andere machen gar die Pole "Chaos und Zivilisation" aus, zwischen denen sich die weitere Entwicklung Rußlands entfalten werde, falls es nicht gelänge, eine "selbsttätige Persönlichkeit"²⁹ zu schaffen, die die Grundlage der europäischen Zivilisation bilde.

3. Die Rolle des Einzelnen

In osteuropäischen Ländern wird die Frage aufgeworfen, ob der "Homo sovieticus"³⁰, was immer er bedeutet, fortbesteht und verhindert, daß der Einzelne die bisherige Gängelung durch den Staat abstreift und sich für die Besserung seines Schicksals als selbstverantwortlich begreift. Unter den Intellektuellen zeichnet sich ein Meinungsumschwung ab: Stand 1989 die idealistische Idee einer Bürgergesellschaft im Vordergrund, so mehrten sich 1991 die Stimmen, die darauf hindeuteten, daß die Hoffnungen, mit der errungenen Freiheit würden sich auch die gesellschaftlichen Verhältnisse rasch ändern, der Vergangenheit angehören. Auf die heroische Phase des Umbruchs und des Abbaus des Staatssozialismus folgen Ansätze zur praktischen Rekonstruktion des Politischen, denn es ist klar, daß die Schwächung des Staates noch nicht zur Stärkung der Gesellschaft führt.

Die Überlegungen, wie dies konkret aussehen könne, stehen erst am Anfang. Sie setzen stärker als bisher beim Individuum an: Auf den jahrzehntelangen Prozeß der Dezivilisation müsse nun die Rückkehr zu elementaren Verhaltensregeln und politischen Verträgen folgen, um gleichsam die "zivilisatorische Lücke" zu schließen. Es gelte, den Übergang von einem Fremdzwang zu einem selbststeuerungsdominierten Zivilisierungsmuster zu bewerkstelligen. Damit rückt das Individuum in den Vordergrund. An die Stelle der vormaligen Wir-Orientierungen müssen Formen der Ich-Orientierung treten, gleichzeitig soll ein neuer gesellschaftlicher Bezugspunkt aufgebaut werden. Auf die strukturelle und politische Wende müsse eine subjektive Wende folgen, der allerdings die hergebrachten Sozialisationsformen entgegenwirken³¹.

Dies ist leichter gesagt als getan. Den staatssozialistischen Systemen gelang es, Verkehrsformen zu unterbinden, die eine eigene Initiative der Menschen ermöglichten. Heute stimmen die alten Begriffe nicht mehr und es gilt, eine neue Sprache zu erlernen und mit Leben zu füllen. Unabhängige Institutionen müssen gestärkt, die Rechtsunsicherheit bekämpft und Willkürmaßnahmen eingeschränkt werden. Zur Zeit gestaltet die russische Verfassung die Wirklichkeit kaum und gleicht darin der sowjetischen.³²

Ein Fazit der vorangegangenen Ausführungen fällt schwer. Zu vieles ist noch im Fluß. Ein gewisses West-Ost-Gefälle ist unverkennbar. Während die Transformation in Deutschland durch den Beitritt zur alten Bundesrepublik einen Sonderweg bildet, nehmen die Entwicklungen im Osten spezifische Züge

²⁸ Tatjana Mazonaschwili, Unsere Paradoxe: Die Rezeption allgemein menschlicher Werte in Rußland, Köln: BIOST 1994.

²⁹ Wladimir Kantor, Chaos gegen Zivilisation im revolutionären und postkommunistischen Rußland, Köln: BIOST 1994, S. 3.

³⁰ Heiko Flottau, Mit der bequemen Sklaverei zufrieden? In Polen stellt man sich derzeit die Frage, ob der "Homo sovieticus" als Gattung fortbesteht, in: SZ, 16./17.7. 1994. Ähnlich: Margolina, a.a.O., S. 164ff.

³¹ Engler, a.a.O., S. 48f.

³² Ulrich Schmid, Russlands schwieriger Weg zum Rechtsstaat. Tiefer Graben zwischen Theorie und Praxis, in: NZZ, 31.12.1994, S. 7-8.

an. Historische Traditionen und alte Mythen tauchen wieder auf, die sich einem bloß sozialwissenschaftlichen Zugang entziehen. Besonders in Rußland sind antidemokratische und antiliberale Vorbehalte erkennbar, die in manchen Zügen an die Stimmungslage in der Weimarer Republik erinnern. Offenbar sind "die Wurzeln des Totalitarismus einfach zahlreicher und fester als die Wurzeln der Demokratie."³³ Margolina schreibt: "Der Homo sovieticus ist Produkt einer nichtzivilen Gesellschaft; seine Transformation in einen Bürger kann nur unter einer Zivilgesellschaft erfolgen, die er allerdings selbst aufbauen muß. Sie ist nicht aus dem Westen einzuschmuggeln wie dereinst die Bolschewiki im plombierten Waggon."³⁴

Einfache Lösungen und Blaupausen für den Transformationsprozeß sind nicht vorhanden. Der Weg zu einer liberalen und stabilen Demokratie ist noch lang und Rückschläge sind nicht auszuschließen.

Nikolaus Werz

Der Autor

Nikolaus Werz ist Professor am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock. Er hat den Lehrstuhl für vergleichende Regierungstheorie inne.

Der Beitrag ist die leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages bei dem Internationalen Seminar "Armut - Ethik - Befreiung" in der Katholischen Universität Eichstätt vom 2.-6.4.95

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 26/27 1995, herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>

³³ Wolfgang Pfeiler, Historische Rahmenbedingungen der russischen politischen Kultur, in: Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hg.), Rußland auf dem Weg zur Demokratie. Politik und Parteien in der Russischen Föderation, Paderborn 1993, S. 41

³⁴ Margolina, a.a.O., S. 180.